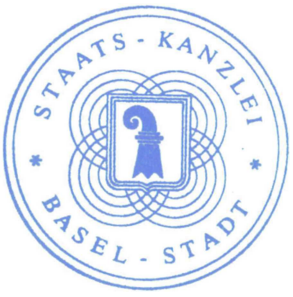
Regierungsratsbeschluss vom 09. Januar 2018

Uber - interdepartementale ad hoc-Arbeitsgruppe **P161046**

1. Der Regierungsrat nimmt Kenntnis vom 2. Bericht der Interdepartementalen ad hoc Arbeitsgruppe.
2. Die Arbeit der ad hoc Arbeitsgruppe gilt als abgeschlossen und sie wird per Ende 2017 aufgelöst. Die laufenden Aufgaben und Prozesse rund um Uber werden in die Regelstrukturen der zuständigen Departemente überführt und dort konsequent weiterverfolgt. Die beteiligten Stellen tauschen sich regelmässig aus.

Begründung
Der Regierungsrat hatte Mitte 2016 eine interdepartementale Arbeitsgruppe Uber eingesetzt, um das spezifische Fachwissen von Polizei, Steuerverwaltung, Schwarzarbeitsbekämpfung und Sozialversicherungen zusammenzuführen und auszutauschen. In ihrem regelmässigen Austausch konnte die Arbeitsgruppe feststellen, dass die kantonalen Regelstrukturen zur Überprüfung von Uber-Fahrerinnen und -Fahrern funktionieren. Die geltende eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Personentransport, Steuern und Sozialversicherungen wurde und wird vollzogen und zeigt auch Wirkung. Bisher wurden im Kanton Basel-Stadt 95 Verfahren durchgeführt, 65 Verfahren der Kantonspolizei und 30 Schwarzarbeitskontrollen.